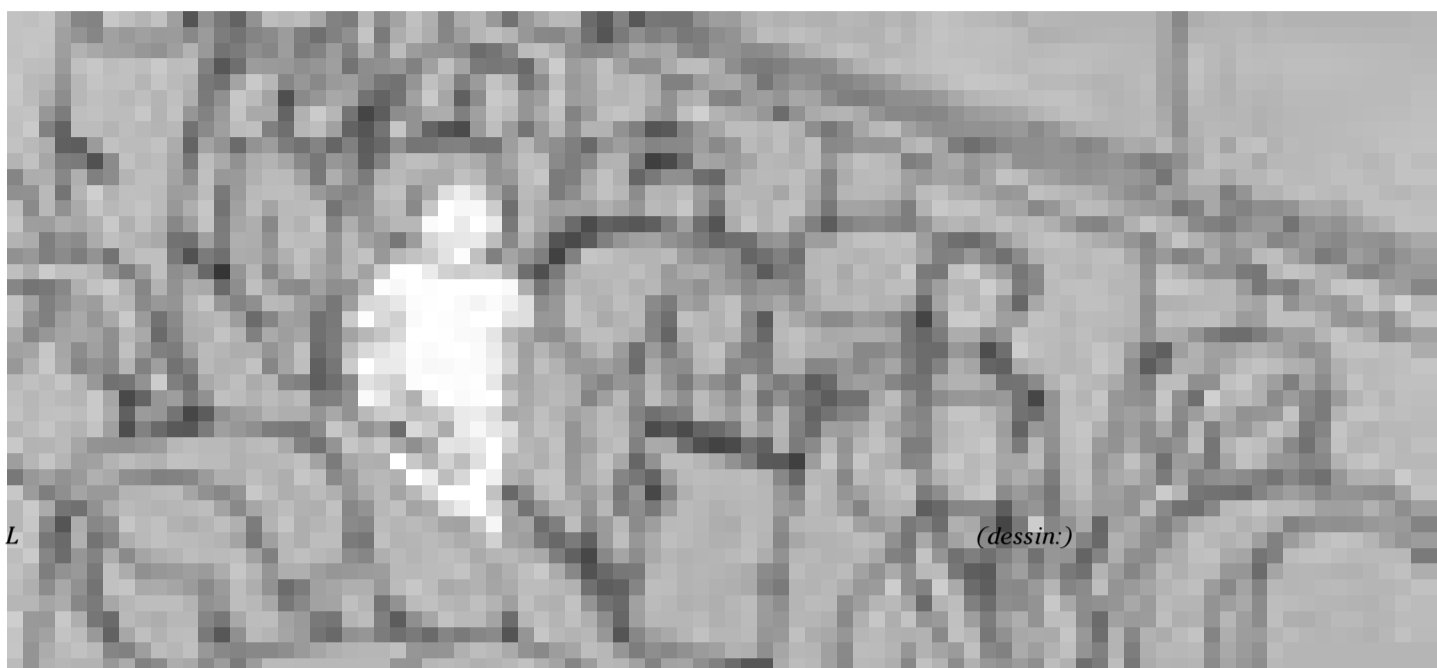


ONLINE-DEMO

Gegen Lufthansa ins Internet



L

(dessin:)

STOP DEPORTATION CLASS: Weil Lufthansa mitverdient am Geschäft der Abschiebung von Flüchtlingen, wurde am Mittwoch online demonstriert.

Alles mit einem Mausklick: Sogar demonstrieren geht jetzt schon bequem vorm Bildschirm. Am Mittwoch fand eine Online-Demo gegen Lufthansa statt, weil das Unternehmen mitverdient an der Abschiebung von Flüchtlingen.

"Wir haben dieses Jahr die Schallmauer der 1.000 Internet-Buchungen pro Tag durchbrochen." Just in den Minuten, in denen Vorstandssprecher Jürgen Weber in Köln den AktionärInnen der Lufthansa AG von den neuesten Trends in der Unternehmensentwicklung vorschwärmt, dürfte die Lufthansa-Homepage vorläufigen BesucherInnen-Rekord melden. Tausende sitzen an diesem Mittwoch morgen an ihren Computern und rufen ununterbrochen die Adresse der deutschen Airline auf. Statt der Straße haben sie diesmal das Internet gewählt - und demonstrieren gegen die Beteiligung des Unternehmens an der Abschiebung von Flüchtlingen.

Zur Online-Demo zwischen 10 und 12 Uhr haben unter anderem die Antirassismus-Initiativen "Kein Mensch ist illegal" und "Libertad" aufgerufen. Motto "Stop Deportation Class" und "Lufthansa goes offline". Mit einem einzigen Mausklick ist man dabei: Da-

mit die Protestierenden möglichst stark im Netz auftreten, wurde eigens eine Software entwickelt, die ihnen die Arbeit abnimmt, indem sie ganz autonom immer wieder die Homepage der Lufthansa aufruft.

Statt auf die Straße ins Internet

"Unser Ziel ist es, dass möglichst viele Internet-Nutzerinnen und Nutzer gleichzeitig auf die Angebote auf der Lufthansa-Homepage zugreifen", erklärt Sven Meier von "Libertad" den modernen Protest-Plan. Dadurch soll der Server überlastet, oder wie man im Fachjargon sagt, geflutet werden. "Die Seite, auf der Buchungen vorgenommen werden, kann so für potentielle Kundinnen und Kunden zeitweilig gesperrt werden", fügt Meier hinzu. Schon seit langem mobilisieren "Kein Mensch ist illegal" und "Libertad" gegen die Lufthansa. Der Grund: Das Unternehmen verdient mit im Geschäft

der Abschiebung von Flüchtlingen. Von den rund 40.000 Menschen, die jährlich aus Deutschland abgeschoben werden, verlassen 30.000 das Land auf dem Luftweg. Immerhin die Hälfte davon fliegt mit der Lufthansa. Der Konzern mache sich so zum Handlanger einer rassistischen Bürokratie, die Menschen systematisch in Hunger, Verfolgung oder den Tod treibt, so der Vorwurf der Organisationen.

Zwei Menschen starben bei solchen Abschiebungen: Kola Bankole (1994) und Aamir Ageeb (1999) überlebten ihren Flug mit der Lufthansa nicht. Danach kam es vermehrt zu Protesten gegen die Gesellschaft. Die Pilotenvereinigung "Cockpit" forderte, dass Flugkapitäne ihre Mithilfe künftig verweigern, wenn Flüchtlinge gefesselt in die Maschine gebracht werden. Cockpit rief zudem seine Mitglieder dazu auf, sich vor dem Flug zu vergewissern, dass jemand, der abgeschoben wird, freiwillig mitfliegt. Die Ge-

werkschaft ÖTV setzt sich gar dafür ein, dass die Lufthansa grundsätzlich keine zur Abschiebung vorgesehenen Flüchtlinge mehr transportiert.

"Wenn Konzerne, die mit Abschiebungen Geld verdienen, ihre größten Filialen im Internet aufbauen, muss man auch genau dort demonstrieren", heißt in einem Aufruf zur Online-Demo. Tatsächlich setzt das Unternehmen zunehmend auf den digitalen Highway: Bis zum Jahr 2005 soll jedes vierte Flugticket online gekauft werden. Die Zahl von 250.000 Buchungen über die Internetseite im vergangenen Jahr soll 2001 verdoppelt werden. Rund 200 Millionen DM will der Konzern bereits ab 2003 durch Online-Booking einsparen.

Kein Recht auf Demo im Netz?

Die Idee vom digitalen Widerstand ist nicht ganz neu: Seit Jahren organisiert beispielsweise das "Electronic Disturbance Theatre" an der Seite der mexikanischen ZapatistInnen Attacken gegen Regierung, Militär und Wirtschaft. Rund 100.000 SurferInnen haben sich an den elektronischen Sit-Ins beteiligt, zu denen die Netzaktivistinnen und -aktivisten in den Jahren 1998 und 1999 aufgerufen hatten.

In Deutschland sorgte die neue Protestform für Verwirrung bei den Behörden. Im Mai hatten "Kein Mensch ist illegal" und "Libertad" für den 20. Juni beim Kölner Ordnungsamt eine virtuelle Demonstration vor dem Portal der Lufthansa-Internetseiten angemeldet. "Ich halte es für Quatsch, eine Online-Demo anzumelden", so ein Mitarbeiter des Kölner Ordnungsamtes gegenüber der Presseagentur "Reuters". Eine Online-Demo falle nicht unter das Versammlungsgesetz. "Eine Demonstration ist das Zusammentreffen von mehr als zwei Personen - und nicht von Bits

und Bytes auf einem Server", sagt die Sprecherin der Bundesjustizministeriums, Maritta Strasser.

"Wenn man im Internet Geschäfte und alles Mögliche Andere machen kann, dann ist es ein öffentlicher Raum", kontert Sven Meier. "Und in einem öffentlichen Raum kann man auch demonstrieren." Das Versammlungs- und Demonstrationsrecht könne keineswegs vor den Toren des World Wide Web enden. Eine offizielle Genehmigung gab es für den Protest jedoch nicht - Meier gab der Polizei vorsorglich per Email Bescheid über die Aktion. Er weist zudem darauf hin, dass die Cyber-AktivistInnen sogar im Internet das Vermummungsverbot einhalten - die TeilnehmerInnen an der Online-Demo blieben keineswegs anonym, ihre Telefonnummern würden unverlüsselt gesendet.

Wieviele es tatsächlich waren, die sich an der Aktion beteiligten, war bis zum Redaktionsschluss der WOXX nicht bekannt. Ein kurzer Internet-Check am Mittwoch Morgen zeigt jedoch: www.lufthansa.de reagiert an diesem Tag äußerst träge, wer eine Anfrage startet, muss geduldig zusehen, wie sich die Seiten langsam aufbauen. Zum Beispiel der Link zur Lufthansa-Hauptversammlung, wo per Real-Player-Software die Rede des Vorstandssprecher live mitverfolgt werden kann. "Wir schaffen echte Werte", erklärt Jürgen Weber den AktionärInnen gerade, "unsere Werterzielung soll nachhaltig sein". Und: "So wie im Jahr 2000 muss es gemacht werden." Seine Rede muss er ein paar Mal unterbrechen. Im Saal sorgten die Zwischenrufe von DemonstrantInnen für Unruhe. Sie hatten offensichtlich auf altmodische Traditionen gebaut und waren mit Transparenten zum Lufthansa-Meeting nach Köln gereist, um vor Ort ihr Anliegen zu verkünden.

Danièle Weber

Avis

Le Ministre de la Famille, de la Solidarité sociale et de la Jeunesse, Service national d'action sociale

se propose d'engager pour une durée déterminée jusqu'au 30 novembre 2001

un(e) employé(e) de la carrière D à raison de 20 heures par semaine

Les candidat(e)s doivent être détenteur du diplôme de fin d'études secondaires ou secondaires techniques ou disposer d'un certificat sanctionnant des études reconnues équivalentes.

Les candidatures; accompagnées d'un curriculum vitae manuscrit et d'une copie des

diplômes, doivent être adressées au Ministère de la Famille, de la Solidarité sociale et de la Jeunesse, Service national d'action sociale, 12-14, avenue E. Reuter, L-2420 Luxembourg au plus tard pour le 29 juin 2001.

Administration des établissements pénitentiaires

Appel de candidatures

L'administration pénitentiaire organisera au mois de septembre 2001 un examen-concours d'admission au stage dans les carrières de

l'assistant social (2 vacances de poste m/f) et de l'éducateur gradué (3 vacances de poste m/f).

Sont admissibles à l'examen-concours les candidats de nationalité luxembourgeoise, âgés de 45 ans au plus et agréés par le procureur général d'Etat.

Les candidatures sont à adresser pour le 23 juillet 2001 au plus tard au secrétariat général de l'administration pénitentiaire à Luxembourg (L-2229), 21, rue du Nord (tél. 475 981-387).

Elles doivent comprendre:

- une note biographique, datée et signée;
- un extrait de l'état civil;

- un extrait récent du casier judiciaire (bulletin no 3);
- un certificat de bonne vie et moeurs;
- une copie de la carte d'identité;
- une copie de la carte d'affiliation à la sécurité sociale;
- un certificat de nationalité;
- un certificat médical, délivré sur la formule prescrite par un médecin désigné par le Gouvernement (le relevé des médecins sera communiqué aux intéressés sur leur demande).

Le certificat de nationalité et le certificat médical peuvent être produits après la date fixée pour le dépôt des candidatures mais doivent en tout cas être présentés avant la date de l'examen-concours.

Les candidatures doivent comprendre en outre:

- pour la carrière de l'assistant social; une copie conforme du diplôme de fin d'études secondaires luxembourgeois ou d'un autre diplôme luxembourgeois ou étranger reconnu équivalent selon la réglementation luxembourgeoise en vigueur, et du diplôme d'assistant social ou d'assistant d'hygiène sociale, ou d'un diplôme reconnu équivalent conformément aux dispositions de la loi du 11 janvier 1995 portant réorganisation des écoles publiques et privés d'infirmiers et d'infirmières et réglementant la collaboration entre le Ministère de l'Education Nationale et le Mi-

nistère de la Santé;

- pour la carrière de l'éducateur gradué: une copie conforme du diplôme d'éducateur gradué, délivré par le Ministère de l'Education Nationale.

Les épreuves préliminaires à l'examen-concours en vue du contrôle de la connaissance des trois langues administratives auront lieu fin août début septembre 2001 (ne concerne que les candidats présentant un diplôme étranger).

Une dispense de la limite d'âge peut être accordée dans certaines situations exceptionnelles; prière de se renseigner auprès du secrétariat général de l'administration pénitentiaire.